LZ-Rheinland

Artikel vom 05.08.2020 · Ausgedruckt am 11.11.2026, 05:50 Uhr

Online: https://lz-rheinland-staging.p-k3txh2.project.space/nachricht/gruenes-licht-fuer-viele-programme

Grünes Licht für viele Programme



Foto: imago images/penofoto

Die EU-Kommission hat grünes Licht für zahlreiche nationale Programme zur Unterstützung der Agrar- und Ernährungswirtschaft gegeben. Warschau hat in der vergangenen Woche die Erlaubnis erhalten, der Landwirtschaft in Polen mit insgesamt 95 Mio. € unter die Arme zu greifen. Die Beihilfen sollen in Form von direkten Zuschüssen insbesondere kleineren und mittleren Betrieben über Liquiditätsengpässe hinweg helfen. Angepeilt werden 60 000 Begünstigte. In Belgien können die Erzeuger von Blumen und Kartoffeln mit einer Finanzspritze zur Bekämpfung der Auswirkungen der Corona-Krise rechnen. Die Kommission genehmigte Zuschüsse von 25 Mio. € für die Zierpflanzenerzeuger und 10 Mio. € für die Kartoffelbauern. Auch hier soll vor allem der Liquiditätsbedarf der Unternehmen gedeckt werden. In Belgien werden der Kommission zufolge insgesamt 1 450 kleine und mittlere Unternehmen davon profitieren, von denen etwa 650 im Kartoffelsektor angesiedelt sind. Die Zuschüsse sollen die Obergrenze von 100 000 € pro Begünstigtem nicht überschreiten. In Litauen kann jetzt Verarbeitungsbetrieben im Eier- und Geflügelsektor mit 20 Mio. € geholfen werden. Hier sollen bei etwa 25 Unternehmen Umsatzeinbußen kompensiert werden. In Lettland wird der Staat forstwirtschaftlichen Genossenschaften, deren Umsatz um mindestens ein Fünftel geschrumpft ist, mit insgesamt 114 000 € unter die Arme greifen. Profitieren sollen drei Zusammenschlüsse.

Bereits in der vorvergangenen Woche hatte die Brüsseler Behörde auch die Unterstützung der Agrar- und Ernährungswirtschaft in Griechenland und Malta abgenickt. Athen will mit 51,23 Mio. € die Urproduktion unterstützen, darunter neben der Schaf- und Ziegenhaltung insbesondere die Spargelerzeuger. Malta will derweil mit 720 000 € den selbstständigen Thunfischfängern durch die Krise helfen. Diese sollen auf Basis der Fangquoten für den coronabedingten Preisverfall entschädigt werden, wobei jeder Empfänger nicht mehr als 120 000 € erhalten kann. *AgE*